

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 56 (1977)
Heft: 3

Artikel: Marx, der Sozialdemokrat
Autor: Keller, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339313>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Pro und Kontra

Marx, der Sozialdemokrat

«Was uns interessiert, das ist ‚Marx, der Sozialdemokrat‘». So schrieb Richard Lienhard im Profil 1/77, nachdem er festgestellt hatte, dass die marxistische Theorie für unsere Gesellschaft nicht mehr stimme, dass es aber wertvolle Elemente darin gebe, die für «die politische Praxis von heute verwendbar gemacht werden» könnten. Durch ihre Anwendung entspringe bereits der Sozialismus aus dem Kapitalismus, und die von Marx geforderte Zwischenphase, die er «Diktatur des Proletariats» nannte, werde überflüssig. Marx hat die Zwischenphase so lange als nötig erachtet, als die «allseitige Entwicklung der Individuen» noch nicht so weit gediehen ist, dass «alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fliessen.» Vergleiche Marx: Die Kritik des Gothaer Programms von 1875. Weil er sich nicht vorstellen konnte, dass der Kapitalismus so produktiv sein kann wie eine genossenschaftliche Wirtschaft, die dank staatlicher Lenkung keine Krisen mehr kennt, forderte Marx zuerst die Vergesellschaftlichung. Und weil er fürchtete, dass sich die Kapitalisten mit Gewalt wehren werden, selbst wenn eine demokratische Abstimmung das System verändert hat, wollte er die Bourgeoisie gleichschalten, sei die Veränderung friedlich oder gewaltsam erfolgt.

Richard Lienhard weist nun aber darauf hin, dass der heutige Kapitalismus trotz Rezessionen so produktiv geworden ist, dass bereits eine Mixed economy genügt, um die «Springquellen voller» zum Fliessen zu bringen. Er fürchtet auch nicht, dass das Bürgertum sich weigern wird, eine demokratisch durchgeführte Reform in Gestalt von Mitbestimmung, Rahmenplanung und Investitionslenkung hinzunehmen, und daher einen Rechtsputsch versuchen wird. Also fallen für ihn die beiden Voraussetzungen von Marx (Revolution und Diktatur) dahin. Genosse Lienhard befindet sich damit in Übereinstimmung mit den Eurokommunisten. Um so mehr ist man erstaunt, dass er schon auf der nächsten Seite schreibt: «Wir lehnen jede Art von kommunistischer Ideologie ab.» Sein Weg zum Sozialismus ist doch genau die Art, zu der sich heute die westlichen Kommunisten durchgerungen haben. Das gilt auch für die schweizerischen, denn am 20. Januar 1977 konnte man in der Voix Ouvrière aus der Feder von Jean Vincent lesen: «Wir haben uns ohne jede Diskussion und in kategorischer Weise für den Pluralismus der Parteien, für die Freiheiten der Diskussion, der Weltanschauung und der Vereinsfreiheit ausgesprochen. Das ist nicht von heute, das ist unser Programm, das sind unsere Thesen von 1971.» In diesem Sinn protestiert denn auch Vincent gegen «Prag 1977» und nennt wie Berlinguer und Marchais die Unterdrückung der Bürgerrechtler unannehmbar. Aber nicht nur der Weg der Eurokommunisten ist demokratisch, sondern sie wollen auch eine Mixed economy.

Wenn wir auch die Hoffnung der Eurokommunisten und von Richard Lienhard teilen, dass es weder der Diktatur noch des Terrors bedarf, um im Westen eine bestimmte Quantität von Reformen durchzuführen, damit diese in eine «systemverändernde Qualität umschlagen» kann, so glauben wir doch, dass man im europäischen wie im asiatischen Osten bis jetzt gut daran getan hat, nicht zu viele Freiheiten zu gewähren. In Entwicklungsländern – dazu gehören natürlich auch die afrikanischen und süd- wie mittelamerikanischen – ist es sehr gefährlich, dem Klassengegner Zugang zu den Massenmedien, zur Polizei und zur Armee zu gewähren, denn die Geschichte lehrt von Spanien 1936 bis Chile 1973, dass eine Bourgeoisie ohne demokratische Tradition und ohne höhere Industrialisierung und damit ohne geschultes Proletariat einen Putsch wagt, sobald die Linke demokratisch zu erstarken beginnt. Obschon in Osteuropa seit dem Krieg die Industrie gewachsen ist und zugleich die bürgerliche Klasse entmachtet wurde, schaut diese und mit ihr selbst viele Arbeiter mit Neid auf den westlichen Wohlstand und würde bei Gewährung aller Freiheiten sowohl aus dem Comecon als auch aus dem Warschauer Pakt herausstreben und daher den Ostblock wirtschaftlich und militärisch schwächen, ja auflösen. Daher schrieb Konrad Farner 1968 über Prag: «Man sprach bereits von einem ‚Staat ohne Kommunisten‘ ... man näherte sich dem kapitalistischen Slogan der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ und ersehnte zuletzt die Rückkehr zur bürgerlichen Republik» (Farner: *Theologie des Kommunismus?* S. 255). Am Beispiel von Jugoslawien kann man sehen, wie zu viel Liberalisierung zu hoher Arbeitslosigkeit und Inflation geführt hat, so dass Tito zugeben musste: «Wir sind zu liberal geworden!»

Gewiss gibt es Oststaaten, die im Kulturbereich zu ängstlich sind und daher nicht zu viel, sondern zu wenig Freiheit gewähren. Dazu gehören die DDR, die CSSR, Rumänien und die UdSSR, während Ungarn und Polen durch Toleranz angenehm auffallen. Es ist bei den Entwicklungsländern wie beim Kind im Entwicklungsalter. Man kann sich streiten, wieviel Führung noch nötig ist. In beiden Fällen stehen sich autoritäre und antiautoritäre Erzieher gegenüber. Die gute Mitte zu finden, ist in der Politik wie in der Pädagogik ein Problem, das bereits von Marx erkannt worden ist. Urteilte er auch zu autoritär, so gibt es heute Dissidenten, die zu antiautoritär sind.

Als Solschenizyn noch in der Sowjetunion lebte, hielt er die goldene Mitte für sein Entwicklungsland noch ein. Es heisst in seinem offenen Brief an den Kreml vom September 1973: «Sie behalten die ganze unerschütterte Macht, die isolierte, starke, in sich geschlossene Partei, die Armee, die Miliz, die Industrie, das Transportwesen, das Nachrichtesen, die Bodenschätze, das Aussenhandelsmonopol, den Rubelzwangskurs – doch lassen Sie doch das Volk atmen, denken und sich entwickeln!»

Auch Marx hat in keiner seiner Schriften die Zensur der Kultur gefordert, aber er wollte die politische Diktatur erst aufheben, wenn die Produktivität es erlauben wird, «jedem nach seinen Bedürfnissen» gerecht zu werden. Allerdings wusste er, dass die Reichen verwöhnte Bedürfnisse haben, und er stellte sich nicht vor, dass der Sozialismus dereinst jedem das geben kann, was ein Ausbeuter sich an irdischen Gütern wünscht. Daher erhoffte er von der Diktatur eine Umerziehung der entmachteten Grossbürger; sie sollen sich an körperliche Arbeit gewöhnen, ja der Wechsel von geistiger und körperlicher Arbeit soll zum Lebensbedürfnis werden. Erst von einem derart umerzogenen Ausbeuter fürchtete sich Marx nicht mehr, so dass er in dieser goldenen Zukunft die Diktatur als überflüssig erklärte.

Aber wie können die Eurokommunisten heute erwarten, dass der Sozialismus ohne diese erzieherische Übergangszeit nur aus demokratischen Reformen entspringen wird? Offenbar haben sie beobachtet, dass dem modernen Manager die Arbeit bereits zum Lebensbedürfnis geworden ist. Auch scheint er im Gegensatz zum Lebemann aus Marxens Zeit körperliche Bewegung zu schätzen, bringt er doch die freien Stunden auf dem Golf- oder Tennisplatz, auf der Skipiste oder im Swimmingpool zu. Auch kann man feststellen, dass viele Söhne von Managern die Parole der «Grossen Weigerung» von Herbert Marcuse befolgen und als Hippie bedürfnislos leben. Das alles hat offenbar die Neomarxisten ermutigt, die Forderung nach der autoritären Übergangszeit fallenzulassen. Gerade weil seit Marx die Technik enorm viel neue Bedürfnisse geschaffen hat, kommt es zur Übersättigung bei den reichen Leuten, so dass sie wie die Jugend zu leben lieben, in Jeans, im Zelt und in Restaurants, die an eine Scheune erinnern. Heute lassen sich Manager sogar von indischen Weisen belehren, dass das Glück in der Stille bei der Bauchnabelbetrachtung zu finden sei. Mögen sie auch einmal Playboys gewesen sein, so zwingt die Managerkrankheit sie bald zur Diät in jeder Beziehung. Andererseits ist die Produktivität wirklich so gross geworden, dass auch eine gemischte westliche Wirtschaft den Spitzenkräften hohe Saläre ausrichten könnte. Würde Marx aus dem Grab aufstehen, so würde er vielleicht in der Tat ein Eurokommunist, was nichts anderes ist als ein guter Sozialdemokrat!

Franz Keller